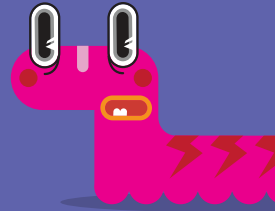
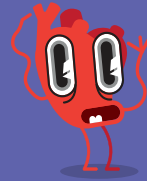
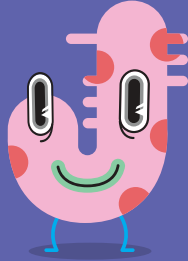
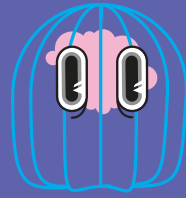


WER

WILL

WAS?

PARTEIEN-CHECK ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025



Landesjugendring
Mecklenburg-Vorpommern



IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Der Vorstand -
Goethestr. 73
19053 Schwerin
Tel.: 0385 760760
E-Mail: info@lrmv.de
Website: www.lrmv.de

REDAKTION:

Dr. Ina Bösefeldt (V. i. S. d. P.)
Tino Nicolai

ILLUSTRATIONEN:

U18-Wahl | Deutscher Bundesjugendring e.V.

LAYOUT:

Carolin Burmeister | 53 Media GbR
burmeister@53media.de

AUFLAGE UND DRUCK:

750 Exemplare
WIRMachenDRUCK GmbH, Backnang

REDAKTIONSSCHLUSS:

23. Januar 2025

GEFÖRDERT DURCH:



Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen ausschließlich die Herausgeber die Verantwortung. Irrtümer vorbehalten.

Am 23. Februar 2025 ist Bundestagswahl - und das geht uns alle an!

Für alle unter 18 Jahren, die noch nicht bei der Bundestagswahl mitmachen dürfen, gibt es vom **7. bis 14. Februar 2025** die U18-Wahl für Kinder und Jugendliche.

Zur Bundestagswahl treten mehrere und sehr verschiedene Parteien an. In diesem Heft findest du einen Überblick über die Positionen von sieben Parteien, die bereits im Bundestag vertreten sind und erneut zur Wahl antreten: SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD, Die Linke und BSW. Die Reihenfolge in dieser Broschüre orientiert sich am Ergebnis der letzten Bundestagswahl.

Bitte beachtet: Dies sind bewusst kurze Zusammenfassungen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Hinter den QR-Codes gibt es Links mit weiteren Infos zu den sieben Parteien.

Für jede Partei haben wir die wichtigsten Standpunkte in vier Themenbereichen zusammengefasst:

1. Wirtschaft & Energie
2. Arbeit & Soziales
3. Sicherheit, Migration & Außenpolitik
4. Bildung & Jugend

Wählen gehen ist das einfachste Mittel, um in einer Demokratie mitzubestimmen. Ob bei der Bundestags-, U18- oder jeder anderen Wahl: **Jede Stimme zählt – auch deine!**

Unser Parteien-Check soll dir dabei helfen, eine eigene Meinung zu bilden und eine bewusste Wahlentscheidung zu treffen.

Wir wünschen eine gute Lektüre!

Dein Team vom Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e.V.

SPD

SPD – SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

WIRTSCHAFT & ENERGIE

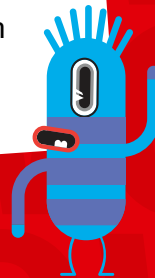


Die SPD möchte Wirtschaftspolitik, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verbinden. Die Energieversorgung soll bezahlbar werden, indem in erneuerbare Energien und das Stromnetz investiert sowie die Stromkosten für Industrie und private Haushalte gesenkt werden. Der Zugang zu Ladesäulen wird verbessert und der Kauf eines E-Autos mit einer Prämie gefördert. Ein Deutschlandfonds von 100 Milliarden Euro soll Investitionen ankurbeln; ein „Made in Germany“-Bonus soll Unternehmen anlocken. Klimaschutz soll für alle leistbar sein.

ARBEIT & SOZIALES



Die Rente soll stabil bleiben, der Mindestlohn auf 15 Euro steigen. Bürgergeld-Empfänger sollen durch Qualifikation wieder in Arbeit kommen. Die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel soll von sieben auf fünf Prozent sinken. Superreiche sollen stärker besteuert, die Mietpreisbremse entfristet werden.



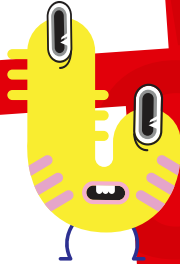
SICHERHEIT, MIGRATION & AUSSENPOLITIK



Asylverfahren sollen beschleunigt, Straftäter schneller abgeschoben, die EU-Außengrenzen geschützt werden. Gut integrierte, straffreie Geflüchtete ohne Schutzstatus dürfen bleiben. Fachkräfte sollen schneller kommen. Die SPD bekennt sich zu Waffenlieferungen in die Ukraine, sofern der Konflikt nicht eskaliert. Die Bundeswehr soll modernisiert werden.

BILDUNG & JUGEND

Bei der Einschulung soll der Förderbedarf geprüft werden. Der Digitalpakt Schule wird fortgesetzt. Die Ausbildungsgarantie bleibt bestehen, das BAföG wird reformiert, bezahlbarer Wohnraum geschaffen. Kinderrechte sollen ins Grundgesetz, das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt werden. Jugendbeteiligung und Jugendverbandsarbeit sollen gestärkt werden. Die Freiwilligendienste werden weiterentwickelt, das Taschengeld erhöht. Ein flexibler Wehrdienst soll auf Freiwilligkeit beruhen. Ein Demokratiefördergesetz soll den Einsatz für die Demokratie stärken. Junge Menschen in psychischen Krisen sollen besser beraten werden.



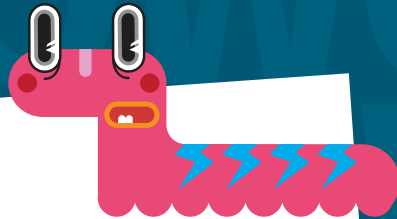
[LINK ZUM PARTEIPROGRAMM:](#)

WIRTSCHAFT & ENERGIE



Die CDU/CSU strebt einen Politikwechsel für Deutschland an. Unternehmen und Bürger*innen sollen steuerlich entlastet und Bürokratie abgebaut werden. Strompreise sollen sinken, und dem Fachkräftemangel wird durch bessere Rahmenbedingungen für Vollzeitarbeit und Anwerbung ausländischer Fachkräfte begegnet. Die Schuldenbremse soll eingehalten, der Klimaschutz mit wirtschaftlichen Zielen in Einklang gebracht und das Verbrenner-Verbot ab 2035 rückgängig gemacht werden. Die Bahn soll reformiert werden.

ARBEIT & SOZIALES

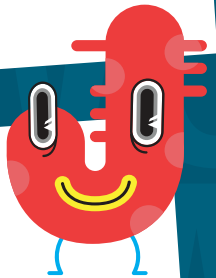


Das Bürgergeld soll durch eine neue Grundsicherung ersetzt werden, die nur wirklich Hilfsbedürftige unterstützt. Zur Sicherung der Rente soll eine Frühstart-Rente eingeführt werden, um private Vorsorge zu fördern.

SICHERHEIT, MIGRATION & AUSSENPOLITIK

Die CDU/CSU setzt auf Grenzkontrollen, beschleunigte Asylverfahren und verstärkte Abschiebungen. Abgelehnte Asylbewerber sollen nur noch mit dem Nötigsten versorgt werden („Bett, Brot und Seife“). Der Familiennachzug für Geflüchtete in Lebensgefahr soll ausgesetzt werden. Extremismus jeglicher Art wird bekämpft. Waffenlieferungen an die Ukraine sollen fortgesetzt werden. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht sowie eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres wird angestrebt. Straftaten sollen schneller geahndet werden. Es wird geprüft, ob Kinder unter 14 strafmündig sein können.

BILDUNG & JUGEND



Verpflichtende Sprachtests für Grundschul Kinder sollen eingeführt werden. Leistung ist der CDU/CSU wichtig, auch in Schulfächern wie Mathe und Deutsch. Der Bildungsföderalismus bleibt bestehen, die Vergleichbarkeit des Abiturs soll verbessert werden. Die Auswirkungen von Social Media auf Kinder und Jugendliche werden erforscht. Die Kinder- und Jugendhilfe wird ausgebaut, Sportvereine und Ehrenamtliche entlastet. Das Cannabis-Gesetz und das Selbstbestimmungsgesetz sollen abgeschafft werden.



WIRTSCHAFT & ENERGIE



Für Bündnis 90/Die Grünen ist die Zukunft Deutschlands ökologisch, ökonomisch, solidarisch und europäisch. Investitionen in erneuerbare Energien, Entbürokratisierung, die Senkung der Stromsteuer, Netzausbau und Steuererleichterungen für Unternehmen sollen die Wirtschaft ankurbeln. Die Klimakrise soll mit Partnern in Europa und weltweit bekämpft werden, u.a. durch Emissionshandel, klimafreundliches Bauen und Förderung der E-Mobilität. Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen erhalten Klimageld zum Kostenausgleich. Das Deutschland-Ticket soll weitergeführt und die Schuldenbremse reformiert werden, um mehr Investitionen zu ermöglichen.

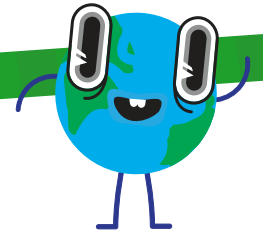
ARBEIT & SOZIALES

Der Mindestlohn soll auf 15 Euro steigen. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung soll für Chancengerechtigkeit sorgen, Berufsorientierung für Jugendliche stärken, das BAföG erweitert und bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende und Studierende geschaffen werden. Die Mietpreisbremse soll verlängert werden. Azubis sollen Unterstützung für den Führerschein erhalten. Die Kindergrundsicherung soll Armut bekämpfen. Eine globale Milliardärs- und faire Erbschaftssteuer sollen Vermögen gerechter verteilen. Queere Menschen sollen besser vor Diskriminierung geschützt werden.



SICHERHEIT, MIGRATION & AUSSENPOLITIK

Es soll einfacher werden, Fachkräfte aus dem Ausland einzustellen. Menschen, die neu nach Deutschland kommen, sollen arbeiten dürfen, indem ihre Berufsabschlüsse anerkannt und Sprachkurse angeboten werden. Der Familiennachzug bleibt bestehen. Wer ausreisepflichtig ist, soll zügig das Land verlassen. Programme wie „Demokratie leben!“ sollen gesetzlich abgesichert werden, um Radikalisierung und Extremismus vorzubeugen. Bündnis 90/Die Grünen befürworten diplomatische, finanzielle, humanitäre und militärische Ukraine-Unterstützung.



BILDUNG & JUGEND

Ein Sonderprogramm soll Kommunen bei Kinder- und Jugendarbeit unterstützen und Mittel im Bund aufgestockt werden. Programme zur psychischen Gesundheit junger Menschen sollen ausgebaut werden. Beteiligungsgremien wie Jugendparlamente sollen gestärkt, Kinderrechte im Grundgesetz verankert und das Wahlalter auf 16 gesenkt werden. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für ein Recht auf Freiwilligendienst ein und wollen die Bedingungen verbessern. Der freiwillige Wehrdienst soll attraktiver werden.



LINK ZUM PARTEIPROGRAMM:

WIRTSCHAFT & ENERGIE



Das Motto des Wahlprogramms der Freien Demokraten (FDP) lautet „Alles lässt sich ändern“. Sie fordert Entbürokratisierung, Digitalisierung und Steuersenkungen für Unternehmen. Die Stromsteuer für Unternehmen soll gesenkt, die Kfz-Steuer abgeschafft und die Stromversorgung durch moderne Kernkraftwerke und Fracking gesichert werden. Deutschland soll bis 2050 klimaneutral werden. Das Verbrenner-Aus soll rückgängig gemacht werden.

ARBEIT & SOZIALES

Der Grundfreibetrag soll um mindestens 1.000 Euro steigen, um Erwerbsarbeit attraktiver zu machen. Zuschläge für Überstunden sollen steuerfrei sein. Den Spitzensteuersatz sollen nur Menschen mit einem Einkommen ab 96.600 Euro zahlen. Die FDP lehnt Vermögenssteuern und die Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich ab. Das Bürgergeld soll reformiert und 1-Euro-Jobs wiedereingeführt werden. Eine gesetzliche Aktienrente soll Altersvorsorge absichern. Familienleistungen sollen digitalisiert werden. Die Mietpreisbremse soll nicht verlängert werden.

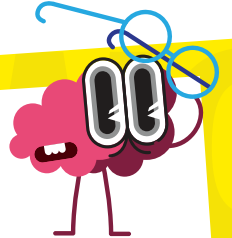


SICHERHEIT, MIGRATION & AUSSENPOLITIK



Menschen ohne Bleiberecht sollen unverzüglich zurückreisen, der Familiennachzug ausgesetzt werden. Wer integriert ist und seinen Lebensunterhalt verdient, soll die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können. Asylsuchende sollen schnell Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse sollen beschleunigt werden. Die Ukraine soll weiterhin militärisch unterstützt werden.

BILDUNG & JUGEND



Kinder sollen zur Einschulung ausreichende Deutschkenntnisse haben, überprüft durch verpflichtende Sprachtests. Der Bildungsföderalismus soll reformiert werden, u.a. durch ein „Deutschland-Abitur“. Wirtschaft, Finanzen, Politik und Medienbildung sollen mehr Raum erhalten. Ein Sonder-Fonds soll Schulsanierungen finanzieren. Ein Besuch von Gedenkstätten soll verpflichtend werden. Ein berufliches Orientierungsjahr soll eingeführt werden, analog zum FSJ. Das BAföG soll weiterentwickelt, Bildungskredite ausgebaut und junge Menschen in Ausbildung vom Rundfunkbeitrag befreit werden. Ehrenamt und Sport sollen gefördert werden. Eine allgemeine Dienstpflicht wird abgelehnt, Freiwilligendienste sollen attraktiver werden. Die FDP unterstützt die Cannabis-Legalisierung.



LINK ZUM PARTEIPROGRAMM:

WIRTSCHAFT & ENERGIE



Das Wahlprogramm der AfD kritisiert Wohlstand, Sicherheit und Zusammenhalt in Deutschland. Die vom Verfassungsschutz in Teilen als rechtsextrem eingestufte Partei leugnet den menschengemachten Klimawandel und will aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen. Kohlekraftwerke sollen länger laufen, die Kernenergie wieder genutzt und Nord-Stream-Pipelines reaktiviert werden. Die CO2-Abgabe und der Ausbau der Windenergie sollen gestoppt, das Verbrenner-Verbot aufgehoben werden. Die Schuldenbremse soll eingehalten und Ausgaben für Klimaschutz beendet werden.

ARBEIT & SOZIALES



Das Bürgergeld soll unattraktiver werden. Arbeitslose sollen nach sechs Monaten gemeinnützig arbeiten müssen. Ausländische Staatsangehörige sollen Bürgergeld nur ein Jahr lang erhalten, wenn sie zuvor fünf Jahre gearbeitet haben. Mehr Berufsgruppen sollen in die gesetzliche Rente einzahlen. Senioren sollen durch Steuerfreibeträge länger arbeiten. Vermögens- und Erbschaftssteuern werden abgeschafft. Das Deutschlandticket soll nicht subventioniert werden. Wohnraum soll bevorzugt an Einheimische gehen. Die Finanzierung von NGOs wird reduziert.

SICHERHEIT, MIGRATION & AUSSENPOLITIK



Deutschland soll aus dem Euro-System austreten und eine eigene Währung einführen. Sanktionen gegen Russland sollen aufgehoben und die Ukraine „neutral“ bleiben. Deutschland soll allein über seine Migrationspolitik entscheiden. Zivile Seenotrettung wird nicht gefördert, Asylsuchende sollen nur Sachleistungen erhalten und nicht arbeiten dürfen. Die Zuwanderung wird auf qualifizierte Arbeitskräfte beschränkt, der Zugang zur Staatsbürgerschaft erschwert.

BILDUNG & JUGEND




Die Strafmündigkeit soll auf 12 Jahre sinken, das Wahlalter soll bei 18 bleiben. Schule und Berufsbildung sollen auf Leistung ausgerichtet sein. Kinderrechte sollen nicht ins Grundgesetz. Kinder mit Behinderung sollen in eigenen Förderschulen unterrichtet werden. Grundschulen sollen digitalfrei bleiben. Geschlechtergerechte Sprache soll in öffentlichen Kontexten verboten werden. Der Cannabis-Konsum soll auf medizinischen Gebrauch beschränkt werden.

Die Linke


DIE LINKE

WIRTSCHAFT & ENERGIE




Im Fokus der Partei Die Linke steht soziale Gerechtigkeit, auch in Zeiten des Klimawandels. Strom- und Heizkosten sollen bezahlbar bleiben. Die Kosten der sozialen und ökologischen Transformation sollen u.a. durch eine einmalige Vermögensabgabe der reichsten 0,7% der Bürger*innen Deutschlands gedeckt werden. Haushalte mit kleinerem Einkommen erhalten Klimageld. Die Schuldenbremse soll abgeschafft und die Vermögenssteuer wiedereingeführt werden. Eine höhere Kfz-Steuer für große Autos soll kommen; öffentliche Fahrzeuge sollen künftig E-Fahrzeuge sein. Privatjets und Yachten über 60 Meter werden verboten. Ein Mietendeckel und sozial gestaffelte Heiz- und Stromkosten sollen schützen.

SICHERHEIT, MIGRATION & AUSSENPOLITIK



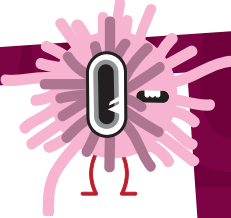
Die Linke setzt auf Diplomatie, z.B. in der Ukraine. Rüstungsexporte sollen verboten und die Wehrpflicht nicht wieder eingeführt werden. Qualifikationen von Nicht-EU-Bürgerinnen sollen schneller anerkannt werden. Alle in Deutschland geborenen Kinder erhalten die Staatsbürgerschaft. Abschiebungen in Kriegsgebiete lehnt die Partei ab. Straftäter*innen sollen ein reguläres Strafverfahren erhalten. Geflüchtete sollen ab Tag 1 arbeiten dürfen.

ARBEIT & SOZIALES




Die Linke unterstützt bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der Mindestlohn soll auf 15 Euro steigen und auch für Jugendliche und Menschen mit Behinderung gelten. Azubis sollen unbefristet übernommen werden und mehr Mitbestimmung erhalten. Ausbildungsbetriebe in Ostdeutschland sollen gestärkt werden. Der BAföG-Satz wird an die Inflation angepasst. Das Bürgergeld soll zu einer sanktionsfreien Mindestsicherung umgebaut werden, die an der Armutsgefährdungsgrenze von 1.400 Euro bemessen wird. Die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel, Bus, Bahn und Hygieneprodukte soll abgeschafft werden. Das 9-Euro-Ticket soll zurückkommen, Schüler*innen, Studierende, Azubis und Senior*innen erhalten ein 0-Euro-Ticket.

BILDUNG & JUGEND



Zur Bekämpfung von Kinderarmut soll eine Kindergrundsicherung eingeführt werden. Kinderrechte sollen ins Grundgesetz aufgenommen werden. Kinder- und Jugendeinrichtungen, Musikschulen und Bibliotheken sollen besser abgesichert werden. Das Wahlalter soll auf 16 gesenkt und politische Bildung gestärkt werden. Schulbücher und Kita-/Schulverpflegung sind kostenfrei. Hausaufgaben werden abgeschafft. Schüler*innen sollen mehr Mitbestimmung erhalten. Schulpsychologinnen und Sozialarbeit sollen flächendeckend vorhanden sein. Queere Jugendarbeit soll kommunale Pflichtaufgabe werden. Das Selbstbestimmungsgesetz wird nachgebessert. Cannabis wird vollständig legalisiert.



[LINK ZUM PARTEIPROGRAMM:](#)

Bündnis Sahra Wagenknecht

BSW – Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit

WIRTSCHAFT & ENERGIE



Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) will einen Neuanfang für Deutschland in Wirtschaft, Sicherheit und Freiheit. Der Klimawandel sei eine ernsthafte Bedrohung, die aber mit falschen Mitteln bekämpft werde. Eine neue Bundesregierung soll mit Russland über Erdgas-Importe über Nordstream 2 verhandeln. Das Verbot von Verbrennermotoren ab 2035 und das Heizungsgesetz sollen zurückgenommen werden. Der CO2-Preis soll abgeschafft, stattdessen innovative Technologien gefördert werden. Neubau von Atomkraftwerken lehnt die Partei ab. Gegen unfaire US-Handelspraktiken will man deutsche Unternehmen schützen.

SICHERHEIT, MIGRATION & AUSSENPOLITIK

Die Partei lehnt militärische Konfliktlösungen ab, fordert ein Verbot von Rüstungsexporten in Kriegsgebiete und einen Waffenstillstand in der Ukraine. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht wird abgelehnt. Statt Fachkräfte aus dem Ausland anzuwerben, sollen junge Menschen besser qualifiziert werden. Flüchtlinge sollen schneller in Arbeit vermittelt, kriminelle Flüchtlinge abgeschoben werden. Asylverfahren sollen in Drittstaaten stattfinden.



ARBEIT & SOZIALES



Ein Investitionsprogramm in Infrastruktur wie Brücken, Schienen, Straßen, Schulen und Wohnungen soll umgesetzt werden. Dazu gehören auch Freizeiteinrichtungen für Jugend und Senior*innen. Der Mindestlohn soll auf 15 Euro steigen, die Gründung von Betriebsräten erleichtert werden. Das Bürgergeld soll durch eine Arbeitslosenversicherung ersetzt werden. Eine reaktivierte Vermögenssteuer soll Menschen mit über 25 Millionen Euro stärker besteuern. Bürokratieabbau soll durch einen „nationalen Tag der Entrümpelung“ gefördert werden. Die private Krankenversicherung soll abgeschafft werden, damit alle in die gesetzlichen Krankenkassen einzahlen. Ein Rentensystem nach österreichischem Vorbild soll Rentner*innen mehr Geld bringen. Ein bundesweiter Mietendeckel soll bezahlbaren Wohnraum sichern.

BILDUNG & JUGEND



Bundesweit sollen einheitliche Lehrpläne kommen. Kinder ab 3 Jahren sollen verpflichtende Deutsch-Tests machen. Handys und Tablets sollen bis zum Ende der Grundschulzeit aus Klassenzimmern verbannt werden. Das BSW befürwortet ein Social-Media-Verbot wie in Australien. Das erste Jahr Mitgliedschaft in einem Sportverein soll kostenfrei sein. Die Präsenz der Bundeswehr an Schulen lehnt die Partei ab. KITAS und Schulen sollen ein kostenloses Mittagessen anbieten. Das Selbstbestimmungs-gesetz lehnt das BSW ab.

LINK ZUM PARTEIPROGRAMM:

WEITERE INFOS ZUR BUNDESTAGSWAHL

BUNDESWAHLLEITERIN:

Bundestagswahl 2025

LANDESWAHLLEITER MECKLENBURG-VORPOMMERN:

Bundestagswahl 2025 in Mecklenburg-Vorpommern

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG:

Bundestagswahl 2025

WAHL-O-MAT

der Bundeszentrale für politische Bildung

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHER BILDUNG MV:

20 Fragen – 20 Antworten zur Bundestagswahl 2025

MITMISCHEN.DE

Portal vom Deutschen Bundestag für Jugendliche

EINFACH ERKLÄRT:

Wie funktioniert die Bundestagswahl? (Video)

NDR:

MV wählt – Bundestagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

DEUTSCHER BUNDESJUGENDRING:

Forderungen des Bundesjugendrings zur
Bundestagswahl 2025

U18-WAHL FÜR KINDER UND JUGENDLICHE



Was ist die U18-Wahl?

U18-Wahlen sind symbolische Wahlen für alle Kinder und Jugendlichen, die noch nicht an den Bundestagswahlen teilnehmen dürfen. Sie zeigen, wie junge Menschen wählen würden, wenn sie wahlberechtigt wären. Sie finden immer 9 Tage vor dem offiziellen Wahltermin statt und funktionieren nach dem gleichen Prinzip: allgemein, freiwillig, gleich und geheim. Mit Stimmzetteln, Wahlkabine und Wahlurne. Die U18-Wahl fördert somit das Demokratieverständnis und politische Interesse von Kindern und Jugendlichen.

Wer kann mitmachen?

Alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, die es möchten.

Wann findet die U18-Wahl statt?

Vom 7. bis 14. Februar 2025.

Wo sind die Wahllokale?

Gewählt werden kann überall dort, wo sich Kinder und Jugendliche treffen, zum Beispiel in Jugendclubs, Jugendfreizeiteinrichtungen, Vereinshäusern, Schulen, Bushaltestellen oder auch ganz woanders. Alle Wahllokale melden sich vorab online auf www.u18.org an. Anschließend werden die Ergebnisse ausgezählt und online eingetragen.

FAQ ZUR U18-WAHL:

HIER FINDEST DU ALLE WAHLLOKALE:

HIER KANNST DU DEIN EIGENES WAHLLOKAL EINTRAGEN:

SAVE

THE

DATE

AM 23.02.2025 IST BUNDESTAGSWAHL!

UNSERE LINKSAMMLUNG

zu Aktionen und Informationen für Jugendliche
rund um die Wahlen: <https://www.ljrmv.de/wahlen>



Landesjugendring
Mecklenburg-Vorpommern